

INHALT

- | | |
|---|---|
| <p>33. Verwaltungsgerichtsbarkeit erster Instanz ab 1. Jänner 2014; Instanzenzüge, Übergangsrecht und Rechtsmittelbelehrungen</p> <p>34. Verlängerung der Schwellenwertverordnung</p> | <p>35. Abgabenertragsanteile der Gemeinden September 2013</p> <p>36. Abgabenertragsanteile der Gemeinden Jänner bis September 2013
Verbraucherpreisindex für Juli 2013 (vorläufiges Ergebnis)</p> |
|---|---|

33.

Verwaltungsgerichtsbarkeit erster Instanz ab 1. Jänner 2014; Instanzenzüge, Übergangsrecht und Rechtsmittelbelehrungen

Ergänzend zu den in letzter Zeit an alle Gemeinden Tirols ergangenen Informationen an die Gemeinden sowie die einschlägigen Beiträge im Merkblatt für die Gemeinden Tirols der Monate April 2013 und Juni 2013 weist die Abteilung Gemeindeangelegenheiten, insbesondere auch im Hinblick auf die besondere Belehrungspflicht nach § 3 Abs. 3 des Verwaltungsgerichtsbarkeits-Übergangsgesetzes 2013, BGBl. I Nr. 33, auf nachstehende, von den Gemeindebehörden künftig zu beachtende verfahrensrechtliche Besonderheiten bei der Erlassung von Bescheiden hin:

I. Grundsätzliches:

Mit 1. Jänner 2014 verlieren die bisherigen Berufungs- und Vorstellungsbehörden ihre Zuständigkeit. Berufungs- bzw. Vorstellungsbescheide, deren Zustellung zwar vor diesem Zeitpunkt veranlasst worden ist, die aber am 1. Jänner 2014 noch nicht zugestellt und somit im rechtlichen Sinn noch nicht erlassen wurden, gelten kraft Gesetzes mit Ablauf des 31. Dezember 2013 (in der Folge kurz: Übergangszeitpunkt) als zugestellt. Der Fristenlauf bestimmt sich in diesen Fällen jedoch vom – späteren – Zeitpunkt der tatsächlichen Zustellung; ein mündlich verkündeter Bescheid, dessen Zustellung im Übergangszeitpunkt noch nicht veranlasst wurde, tritt hingegen außer Kraft (vgl. § 2 des Verwaltungsgerichtsbarkeits-Übergangsgesetzes 2013).

Diese Grundsätze gelten auch für die Zustellung von Bescheiden des Gemeindevorstandes, wenn dieser nach der geltenden Rechtslage zur Bescheiderlassung zuständig ist, diese Zuständigkeit aber mit 1. Jänner 2014 verliert (in Tirol somit in den landesgesetzlich geregelten Angelegenheiten des eigenen Wirkungsbereiches). Ebenfalls kommen sie bei der Zustellung von Bescheiden der Dienstbeurteilungskommission bzw. des Dienstbeschreibungsausschusses, der Disziplinaroberkommissionen und bei nicht (mehr) rechtzeitig zugestellten Vorstellungsbescheiden zur Anwendung.

Beispiel:

Der Gemeindevorstand veranlasst die Zustellung eines Berufungsbescheides am 30. Dezember 2013, der Bescheid wird aber erst am 3. Jänner 2014 übernommen. Der Bescheid gilt dennoch als – von der zuständigen Behörde – mit Ablauf des 31. Dezember 2013 zugestellt. Die Frist für die Erhebung der Beschwerde an das Landesverwaltungsgericht beginnt hingegen erst mit 3. Jänner 2014 zu laufen.

II. Das Übergangsrecht des Verwaltungsgerichtsbarkeits-Übergangsgesetzes 2013 im Detail:

Davon zu unterscheiden sind jene Fälle, in denen ein Bescheid, gegen den eine Berufung zulässig ist, bereits vor dem Übergangszeitpunkt wirksam zugestellt und somit erlassen wurde:

Läuft die Berufungsfrist über den 31. Dezember 2013 hinaus und wurde bis dorthin noch keine Berufung erhoben, so kann gegen den entsprechenden Bescheid **vom 1. Jänner bis zum Ablauf des 29. Jänner 2014 Beschwerde an das Verwaltungsgericht erhoben werden**, und zwar unabhängig vom Ablauf der ursprünglichen Frist zur Erhebung der Berufung. Wurde eine Berufung bereits vor dem Übergangszeitpunkt erhoben, so gilt diese ex lege als rechtzeitig erhobene Beschwerde an das Verwaltungsgericht.

Nicht zuletzt kann im **Mehrparteienverfahren** die Situation eintreten, dass ein gegenüber mindestens einer Partei im Übergangszeitpunkt bereits erlassener Bescheid den anderen Parteien erst nach diesem Zeitpunkt zugestellt wird. Diesbezüglich sieht das Gesetz vor, dass Letztere **innerhalb von vier Wochen vom tatsächlichen Zustellzeitpunkt an Beschwerde an das Verwaltungsgericht** erheben können. Auch im Mehrparteienverfahren gelten bereits vor dem Übergangszeitpunkt erhobene Berufungen als rechtzeitige Beschwerden an das Verwaltungsgericht. Auf diese Besonderheiten im Mehrparteienverfahren sowie auf die eingangs erwähnte generelle gesetzliche Festlegung der Beschwerdefrist im Fall der Zustellung noch vor dem Übergangszeitpunkt ist in jedem **Bescheid, der nach dem 30. September 2013 genehmigt wird, ausdrücklich hinzuweisen** (vgl. zu alledem im Einzelnen die übergangsrechtlichen Bestimmungen des § 3 Abs. 1 bis 3 des Verwaltungsgerichtsbarkeits-Übergangsgesetzes 2013).

Für Bescheide des Bürgermeisters gilt das Gesagte jedoch nur in den Angelegenheiten des übertragenen Wirkungsbereiches. Bei – im Rahmen eines Vorstellungsverfahrens bekämpfbaren – Bescheide des Gemeindevorstandes ist das Übergangsrecht des § 3 Abs. 1 bis 3 des Verwaltungsgerichtsbarkeits-Übergangsgesetzes 2013 hingegen immer **sinngemäß anzuwenden** (an die Stelle der Berufung tritt hier jeweils die Vorstellung; § 3 Abs. 4 des Verwaltungsgerichtsbarkeits-Übergangsgesetzes 2013 kann verfassungskonform wohl nur so interpretiert werden, dass diese Bestimmung nur klarstellenden Charakter im Hinblick auf die Vorstellung bei zweigliedrigen Verfahren im eigenen Wirkungsbereich hat, sodass die näheren Bestimmungen über den Zuständigkeitsübergang im Sinn einer abschließenden Regelung des Rechtsschutzes im Übergangszeitraum letztlich für alle Vorstellungsverfahren gleichermaßen gelten).

Beispiele:

Der Bürgermeister entscheidet bescheidmässig in Angelegenheiten des Evidenzwesens im Bereich der Personenstands- und Staatsbürgerschaftsverwaltung, der Wählerevidenzen für die Wahlen zu den allgemeinen Vertretungskörpern, des Fundwesens und der Tierseuchenbekämpfung oder er nimmt von Amts wegen eine An-, Ab- oder Ummeldung im Sinn des § 15 Abs. 2 des Meldegesetzes 1991 vor (jeweils übertragener Wirkungsbereich Bund). Der Bürgermeister erlässt einen Bescheid im Rahmen der Erhebung einer Abgabe nach dem Tiroler Kriegsoffer- oder Behindertenabgabegesetz oder er setzt eine Vergütung für die vorübergehende Nutzung von Nachbargrundstücken nach § 36 Abs. 6 der Tiroler Bauordnung 2011 fest (jeweils übertragener Wirkungsbereich Land).

Der Gemeindevorstand entscheidet als Berufungsbehörde in einer bundes- oder landesgesetzlich geregelten Angelegenheit und erlässt einen entsprechenden Bescheid (immer eigener Wirkungsbereich; vgl. § 31 Abs. 2 der Tiroler Gemeindeordnung 2001).

1. In den Angelegenheiten des übertragenen Wirkungsbereiches des Bundes oder des Landes haben Bescheide des Bürgermeisters ab 1. Oktober 2013 zwingend folgende Hinweise zu enthalten, die zweckmäßigerweise im Anschluss an die Rechtsmittelbelehrung anzubringen sind:

... (Text der bisherigen Rechtsmittelbelehrung) ...

„Für den Fall, dass der Bescheid bis zum Ablauf des 31. Dezember 2013 zumindest einer Partei gegenüber erlassen worden ist (erkundigen Sie sich im Zweifel bei der Behörde), gilt jedoch Folgendes:

Ist die Frist zur Erhebung der Berufung mit 31. Dezember 2013 noch nicht abgelaufen, so gilt eine bis zum Ablauf des 31. Dezember 2013 gegen diesen Bescheid erhobene Berufung als rechtzeitig eingebrachte Beschwerde an das Landesverwaltungsgericht.

Wurde in einem solchen Fall die Berufung bis zum Ablauf des 31. Dezember 2013 noch nicht erhoben, so kann gegen diesen Bescheid Beschwerde an das Landesverwaltungsgericht erhoben werden. In der Beschwerde sind der angefochtene Bescheid und die Behörde, die ihn erlassen hat, zu bezeichnen. Sie hat ein Begehren zu enthalten und die Gründe, auf die sich die Behauptung der Rechtswidrigkeit stützt, darzulegen. Die Beschwerde ist vom 1. Jänner 2014 bis zum Ablauf des 29. Jänner 2014 beim Gemeindeamt schriftlich einzubringen und hat Angaben zu enthalten, die eine Beurteilung ihrer Rechtzeitigkeit mög-

lich machen. Eine rechtzeitig eingebrachte und zulässige Beschwerde hat aufschiebende Wirkung.

Von jenen Parteien, denen gegenüber der Bescheid erst nach dem Ablauf des 31. Dezember 2013 erlassen worden ist, kann gegen diesen Bescheid Beschwerde an das Landesverwaltungsgericht erhoben werden. In der Beschwerde sind der angefochtene Bescheid und die Behörde, die ihn erlassen hat, zu bezeichnen. Sie hat ein Begehren zu enthalten und die Gründe, auf die sich die Behauptung der Rechtswidrigkeit stützt, darzulegen. Die Beschwerde ist binnen vier Wochen ab Erlassung des Bescheides beim Gemeindeamt schriftlich einzubringen und hat Angaben zu enthalten, die eine Beurteilung ihrer Rechtzeitigkeit möglich machen. Eine rechtzeitig eingebrachte und zulässige Beschwerde hat aufschiebende Wirkung.“

2. Die Vorstellungsbelehrung in Bescheiden des Gemeindevorstandes ist ab 1. Oktober 2013 ebenfalls um folgende Hinweise zu ergänzen:

...(Text der bisherigen Vorstellungsbelehrung)...

„Für den Fall, dass der Bescheid bis zum Ablauf des 31. Dezember 2013 zumindest einer Partei gegenüber erlassen worden ist (erkundigen Sie sich im Zweifel bei der Behörde), gilt jedoch Folgendes:

Ist die Frist zur Erhebung der Vorstellung mit 31. Dezember 2013 noch nicht abgelaufen, so gilt eine bis zum Ablauf des 31. Dezember 2013 gegen diesen Bescheid erhobene Vorstellung als rechtzeitig eingebrachte Beschwerde an das Landesverwaltungsgericht.

Wurde in einem solchen Fall die Vorstellung bis zum Ablauf des 31. Dezember 2013 noch nicht erhoben, so kann gegen diesen Bescheid Beschwerde an das Landesverwaltungsgericht erhoben werden. In der Beschwerde sind der angefochtene Bescheid und die Behörde, die ihn erlassen hat, zu bezeichnen. Sie hat ein Begehren zu enthalten und die Gründe, auf die sich die Behauptung der Rechtswidrigkeit stützt, darzulegen. Die Beschwerde ist vom 1. Jänner 2014 bis zum Ablauf des 29. Jänner 2014 beim Gemeindeamt schriftlich einzubringen und hat Angaben zu enthalten, die eine Beurteilung ihrer Rechtzeitigkeit möglich machen. Eine rechtzeitig eingebrachte und zulässige Beschwerde hat aufschiebende Wirkung.

Von jenen Parteien, denen gegenüber der Bescheid erst nach dem Ablauf des 31. Dezember 2013 erlassen worden ist, kann gegen diesen Bescheid Beschwerde an das Landesverwaltungsgericht erhoben werden. In der Beschwerde sind der angefochtene Bescheid und die Behörde, die ihn erlassen hat, zu bezeichnen. Sie hat ein Begehren zu enthalten und die Gründe, auf die sich die Behauptung der

Rechtswidrigkeit stützt, darzulegen. Die Beschwerde ist binnen vier Wochen ab Erlassung des Bescheides beim Gemeindeamt schriftlich einzubringen und hat Angaben zu enthalten, die eine Beurteilung ihrer Rechtzeitigkeit möglich machen. Eine rechtzeitig eingebrachte und zulässige Beschwerde hat aufschiebende Wirkung.“

3. Ab dem 1. Jänner 2014 ist in Bescheiden des Bürgermeisters in den Angelegenheiten des übertragenen Wirkungsbereiches und in sämtlichen Bescheiden des Gemeindevorstandes folgende Rechtsmittelbelehrung zu verwenden:

„Gegen diesen Bescheid kann Beschwerde an das Landesverwaltungsgericht erhoben werden. In der Beschwerde sind der angefochtene Bescheid und die Behörde, die ihn erlassen hat, zu bezeichnen. Sie hat ein Begehren zu enthalten und die Gründe, auf die sich die Behauptung der Rechtswidrigkeit stützt, darzulegen. Die Beschwerde ist binnen vier Wochen ab Erlassung des Bescheides beim Gemeindeamt schriftlich einzubringen und hat Angaben zu enthalten, die eine Beurteilung ihrer Rechtzeitigkeit möglich machen. [technisch mögliche Formen] Eine rechtzeitig eingebrachte und zulässige Beschwerde hat aufschiebende Wirkung.

In der Beschwerde kann die Durchführung einer mündlichen Verhandlung vor dem Landesverwaltungsgericht beantragt werden.“

III. In den landesgesetzlich geregelten Angelegenheiten des eigenen Wirkungsbereiches anzuwendendes Übergangsrecht:

Wie schon erwähnt, hat der Tiroler Landesgesetzgeber von der verfassungsgesetzlichen Ermächtigung des Art. 118 Abs. 4 B-VG Gebrauch gemacht und den gemeindeinternen Instanzenzug in den landesgesetzlich geregelten Angelegenheiten des eigenen Wirkungsbereiches der Gemeinden mit Wirksamkeit 1. Jänner 2014 ausgeschlossen (vgl. die §§ 17 Abs. 2 der Tiroler Gemeindeordnung 2001 und 41 Abs. 1 des Innsbrucker Stadtrechtes 1975, jeweils in der Fassung des Gesetzes LGBL. Nr. 150/2012).

Der Landesgesetzgeber ist in diesen Fällen auch zur Regelung des Verfahrensüberganges zuständig, sodass hier in Bezug auf Bescheide des Bürgermeisters nicht das eben Gesagte (siehe oben, Punkt II.) zum Tragen kommt, sondern die im Folgenden skizzierten Grundsätze der – im Oktober-Landtag zur Beschlussfassung anstehenden – übergangsrechtlichen Bestimmungen der §§ 143a der Tiroler Gemeindeordnung 2001 und 88a des Innsbrucker Stadtrechtes 1975:

Zunächst ist vorgesehen, dass mit dem Ablauf des 31. Dezember 2013 in einer landesgesetzlich geregelten Angelegenheit des eigenen Wirkungsbereiches **anhängige Berufungsverfahren von der bisher zuständigen Behörde fortzusetzen** sind (zur Zuständigkeit des Stadtsenates in Abgabensachen vgl. § 88a Abs. 1 zweiter Satz des Innsbrucker Stadtrechtes 1975 [neu]).

Hinsichtlich der Möglichkeit der Erhebung einer Berufung in den Fällen, in denen **vor dem Ablauf des 31. Dezember 2013 ein Bescheid erlassen worden ist und die Berufungsfrist mit Ablauf des 31. Dezember 2013 noch läuft**, wird gesetzlich angeordnet, dass **hier bis zum Ablauf der Berufungsfrist eine Berufung erhoben werden kann**, über die die bis zum 31. Dezember 2013 zuständige Behörde zu entscheiden hat.

Im **Mehrparteiverfahren** gilt, dass, wenn der Bescheid **vor dem Ablauf des 31. Dezember 2013 zumindest einer Partei gegenüber erlassen worden ist, den übrigen Parteien unabhängig vom Zeitpunkt der Erlassung des Bescheides ihnen gegenüber weiterhin das Recht der Berufung zusteht**. Läuft die Berufungsfrist am 31. Dezember 2013 für eine Partei noch, so kann von dieser Partei auch im Mehrparteiverfahren bis zum Ablauf der Berufungsfrist eine Berufung erhoben werden. Gegen **mündlich verkündete Bescheide** kann ebenfalls Berufung erhoben werden, **wenn die schriftliche Bescheidausfertigung erst nach dem 31. Dezember 2013 zugestellt wird**. Nicht zuletzt sieht das Übergangsrecht eine sinngemäße Anwendung der beschriebenen Rechtsfolgen auch für die Erhebung eines Vorlageantrages vor.

Die gesetzliche Zustellfiktion des § 2 Abs. 2 des Verwaltungsgerichtsbarkeits-Übergangsgesetzes 2013 gilt in diesen Fällen nicht, sodass im gegebenen Zusammenhang jeweils auf den Zeitpunkt der tatsächlichen Bescheiderlassung abzustellen ist.

Beispiele:

Der Bürgermeister erteilt eine Baubewilligung nach § 27 der Tiroler Bauordnung 2011, eine Straßenbaubewilligung nach § 40 des Tiroler Straßengesetzes oder eine Bordellbewilligung nach § 15 des Landes-Polizeigesetzes. In all diesen Fällen ist – wie generell in den landesgesetzlich geregelten Angelegenheiten des eigenen Wirkungsbereiches – ab 1. Jänner 2014 keine Berufung an den Gemeindevorstand mehr möglich. Für in diesem Zeitpunkt bereits anhängige Berufungsverfahren bzw. zuvor erlassene erstinstanzliche Bescheide gilt das Übergangsrecht der §§ 143a der Tiroler Gemeindeordnung 2001 und 88a des Innsbrucker Stadtrechtes 1975.

Aufgrund der besonderen Kompetenzrechtslage im Bereich der Finanzverfassung (nach § 7 Abs. 3 des Finanz-Verfassungsgesetzes 1948, BGBl. Nr. 45, kann sich der Bund die Regelung bestimmter Abgaben vorbehalten) liegt die Zuständigkeit für den Ausschluss des Instanzenzuges bei der Kommunalsteuer und der Grundsteuer ebenfalls beim Landesgesetzgeber. Auch hier kommt daher nicht das Übergangsrecht des § 3 des Verwaltungsgerichtsbarkeits-Übergangsgesetzes, sondern das vom Landesgesetzgeber erlassene Übergangsrecht zur Anwendung.

In Bezug auf das **Abgabungsverfahren** ist zudem darauf hinzuweisen, dass die Bestimmungen über die Beschwerdevorentscheidung und den Vorlageantrag in Tirol grundsätzlich auch nach dem 31. Dezember 2013 anwendbar bleiben (vgl. § 288 Abs. 3 BAO in der Fassung des Gesetzes BGBl. I Nr. 14/2013, der diese nur für den Fall eines zweigliedrigen gemeindlichen Instanzenzuges ausschließt). Lediglich in jenen Fällen, die vom landesgesetzlichen Übergangsregime erfasst sind (siehe oben) ist konsequenterweise von einer Anwendbarkeit der mit 1. Jänner 2014 in Kraft tretenden Bestimmung des § 288 Abs. 3 BAO neu (keine Beschwerdevorentscheidung, kein Vorlageantrag) auszugehen. Nicht zuletzt ist darauf hinzuweisen, dass der **Beschwerde** an das Landesverwaltungsgericht **im Abgabungsverfahren keine aufschiebende Wirkung** zukommt und die **Beschwerdefrist** hier anstatt vier Wochen **einen Monat** beträgt (zur Anwendbarkeit der BAO im Beschwerdeverfahren vor den Verwaltungsgerichten: *Köhler*, Die Zuständigkeit der Landesverwaltungsgerichte in Steuer-sachen, in Holoubek/Lang [Hg], Die Verwaltungsgerichtsbarkeit erster Instanz [2013] 87 [108ff]; *Fischerlehner*, Rechtsmittelverfahren bei Gemeindeabgaben, RFG 2013/23, 107).

1. In den landesgesetzlich geregelten Angelegenheiten des eigenen Wirkungsbereiches sollte die Rechtsmittelbelehrung in Bescheiden des Bürgermeisters ab 1. Oktober 2013 – wenngleich dazu keine gesetzliche Verpflichtung besteht – zweckmäßigerweise durch folgenden Hinweis ergänzt werden:

... (Text der bisherigen Rechtsmittelbelehrung) ...

„Für den Fall, dass der Bescheid bis zum Ablauf des 31. Dezember 2013 nicht zumindest einer Partei gegenüber erlassen worden ist (erkundigen Sie sich im Zweifel bei der Behörde), gilt jedoch Folgendes: Gegen diesen Bescheid kann Beschwerde an das Landesverwaltungsgericht erhoben werden. In der Beschwerde sind der angefochtene Bescheid und die Behörde, die ihn erlassen hat, zu be-

zeichnen. Sie hat ein Begehren zu enthalten und die Gründe, auf die sich die Behauptung der Rechtswidrigkeit stützt, darzulegen. Die Beschwerde ist binnen vier Wochen ab Erlassung des Bescheides beim Gemeindeamt schriftlich einzubringen und hat Angaben zu enthalten, die eine Beurteilung ihrer Rechtzeitigkeit möglich machen. [technisch mögliche Formen] Eine rechtzeitig eingebrachte und zulässige Beschwerde hat aufschiebende Wirkung.

In der Beschwerde kann die Durchführung einer mündlichen Verhandlung vor dem Landesverwaltungsgericht beantragt werden.“

2. Im Abgabungsverfahren der Gemeinden sollte die Rechtsmittelbelehrung in Bescheiden des Bürgermeisters ab 1. Oktober 2013 wie folgt ergänzt werden:

... (Text der bisherigen Rechtsmittelbelehrung) ...

„Für den Fall, dass der Bescheid bis zum Ablauf des 31. Dezember 2013 nicht zumindest einer Partei gegenüber erlassen worden ist (erkundigen Sie sich im Zweifel bei der Behörde), gilt jedoch Folgendes: Gegen diesen Bescheid kann Beschwerde an das Landesverwaltungsgericht erhoben werden. In der Beschwerde sind der angefochtene Bescheid und die Behörde, die ihn erlassen hat, zu bezeichnen. Sie hat ein Begehren zu enthalten und die Gründe, auf die sich die Behauptung der Rechtswidrigkeit stützt, darzulegen. Die Beschwerde ist binnen einem Monat ab Erlassung des Bescheides beim Gemeindeamt schriftlich einzubringen und hat Angaben zu enthalten, die eine Beurteilung ihrer Rechtzeitigkeit möglich machen. [technisch mögliche Formen] Eine rechtzeitig eingebrachte und zulässige Beschwerde hat jedoch keine aufschiebende Wirkung.

In der Beschwerde kann die Durchführung einer mündlichen Verhandlung vor dem Landesverwaltungsgericht beantragt werden.“

Ab 1. Jänner 2014 sind in beiden Fällen nur noch die oben angeführten Zusätze als Rechtsmittelbelehrungen zu verwenden.

Bescheide des Gemeindevorstandes, die in den landesgesetzlich geregelten Angelegenheiten des eigenen Wirkungsbereiches erlassen werden, haben, wie bereits erwähnt, ab dem 1. Oktober 2013 die im Punkt II.2. genannten Hinweise zu enthalten; ab 1. Jänner 2014 ist die Rechtsmittelbelehrung unter Punkt II.3 zu verwenden.

IV. Bundesgesetzlich geregelte Angelegenheiten des eigenen Wirkungsbereiches:

In den bundesgesetzlich geregelten Angelegenheiten des eigenen Wirkungsbereiches wird es – wie schon bis-

her – auch nach dem 1. Jänner 2014 einen Instanzenzug vom Bürgermeister zum Gemeindevorstand geben. Hier tritt bezogen auf das gemeindeinterne Verwaltungsverfahren keine Änderung zur derzeitigen Rechtslage ein; übergangsrechtliche Bestimmungen, beispielsweise für mit Ablauf des 31. Dezember 2013 anhängige Berufungsverfahren oder für bereits vor diesem Datum in Gang gesetzte Berufungsfristen, sind hier nicht von Relevanz und folglich auch nicht anwendbar.

Die unter Punkt I. erläuterten Rechtsfolgen gelten aber, wie bereits dargelegt, sehr wohl für die Zustellung von Bescheiden des Gemeindevorstandes und für die Er Streckung der Frist zur Erhebung einer Vorstellung.

Beispiele:

Der Bürgermeister erteilt eine Bewilligung für Arbeiten auf oder neben der Straße nach § 90 der Straßenverkehrsordnung 1960 oder er schreibt nach § 113 Abs. 5 der Gewerbeordnung 1994 eine spätere Aufsperrstunde oder eine frühere Sperrstunde vor (bundesgesetzliche Angelegenheiten des eigenen Wirkungsbereiches). In beiden Fällen ist auch nach dem 1. Jänner 2014 die Berufung an den Gemeindevorstand möglich; die Vorstellung an die Landesregierung gegen einen Bescheid des Gemeindevorstandes wird jedoch durch die Möglichkeit der Beschwerde an das Verwaltungsgericht ersetzt, wobei diesbezüglich das im Verwaltungsgerichtsbarkeits-Übergangsgesetz 2013 angeordnete Übergangsrecht zur Anwendung gelangt.

Die **Rechtsmittelbelehrung in Bescheiden des Bürgermeisters** erfährt in den bundesgesetzlich geregelten Angelegenheiten des eigenen Wirkungsbereiches somit nach dem 1. Jänner 2014 **keine Änderung**. In **Bescheide des Gemeindevorstandes** sind ab dem 1. Oktober 2013 wiederum die unter Punkt I. 2. angeführten Hinweise aufzunehmen; die Rechtsmittelbelehrung im Hinblick auf die Möglichkeit der Erhebung einer Beschwerde an das Landesverwaltungsgericht (Punkt II.3.) ist ab 1. Jänner 2014 zu verwenden.

V. Zusammenfassung:

Ab 1. Oktober sind um die Hinweise auf die einschlägigen Bestimmungen des Verwaltungsgerichtsbarkeits-Übergangsgesetzes 2013 zu ergänzen:

Bescheide des Bürgermeisters, die in Angelegenheiten des übertragenen Wirkungsbereiches erlassen werden (Punkt II.1.) und sämtliche Bescheide des Gemeindevorstandes (Punkt II.2.).

Für den Regelfall, dass der Bürgermeister einen Bescheid in einer landesgesetzlich geregelten Angelegen-

heit des eigenen Wirkungsbereiches erlässt, ist jedoch der Hinweis auf das landesgesetzliche Übergangsregime (Punkt III.1. bzw. im Abgabenverfahren Punkt III.2.) maßgeblich.

Ab 1. Jänner 2014 ist in allen Bescheiden des Bürgermeisters und des Gemeindevorstandes die neue Rechtsmittelbelehrung betreffend die Möglichkeit der Erhebung der Beschwerde an das Landesverwaltungsgericht (Punkt II.3.) zu verwenden. Bei Abgabenbescheiden ist darauf zu achten, dass die Beschwerdefrist einen Monat

beträgt und der Beschwerde keine aufschiebende Wirkung zukommt. Nur in den – seltenen – bundesgesetzlich geregelten Angelegenheiten des eigenen Wirkungsbereiches ist in den erstinstanzlichen Bescheiden des Bürgermeisters weiterhin auf die bisherige Rechtsmittelbelehrung (ohne entsprechende Hinweise) zurückzugreifen.

Für Rückfragen und nähere Auskünfte in dieser Angelegenheit steht Ihnen die Abteilung Gemeindeangelegenheiten gerne zur Verfügung.

34.

Verlängerung der Schwellenwertverordnung

Die Geltungsdauer der Schwellenwertverordnung 2012, BGBl. II Nr. 95, zuletzt geändert durch BGBl. II Nr. 461/2012, wurde mit der Verordnung des Bundeskanzlers, BGBl. II Nr. 262/2013, bis zum 31. Dezember

2014 verlängert. Im Übrigen wird auf die Ausführungen im Merkblatt für die Gemeinden Tirols, Ausgabe Juni 2009, Nr. 22, verwiesen.

35.

Abgabenertragsanteile der Gemeinden September 2013

Ertragsanteile an	September		Änderung	
	2012	2013	in Euro	in %
EINKOMMEN- UND VERMÖGENSTEUERN:				
Veranlagter Einkommensteuer	-1.047.985	-639.494	408.491	38,98
Lohnsteuer	19.893.721	19.983.015	89.294	0,45
Kapitalertragsteuer	1.648.909	1.916.722	267.813	16,24
Kapitalertragsteuer auf sonstige Erträge	574.792	485.082	-89.709	-15,61
Körperschaftsteuer	-693.202	-883.256	-190.054	27,42
Abgeltungssteuern Schweiz	0	4.013.106	4.013.106	100,00
Erbschafts- und Schenkungssteuer	8.584	18.689	10.106	117,73
Stiftungseingangssteuer	2.651	300	-2.351	-88,68
Bodenwertabgabe	3.880	4.730	850	21,91
Stabilitätsabgabe	193.214	132.242	-60.972	-31,56
Su. Einkommen- und Vermögensteuern	20.584.563	25.031.136	4.446.573	21,60
SONSTIGE STEUERN:				
Umsatzsteuer *)	18.342.955	18.314.381	-28.575	-0,16
Abgabe von alkoholischen Getränken	8	87	78	924,30
Tabaksteuer	1.548.967	1.308.989	-239.979	-15,49
Biersteuer	183.611	269.568	85.957	46,81
Mineralölsteuer	3.470.190	4.719.685	1.249.495	36,01
Alkoholsteuer	103.955	118.380	14.425	13,88
Schaumweinsteuer	1.106	640	-465	-42,08
Kapitalverkehrssteuern	39.902	37.815	-2.087	-5,23
Werbeabgabe	341.828	341.577	-252	-0,07
Energieabgabe	626.130	141.396	-484.734	-77,42
Normverbrauchsabgabe	498.805	414.192	-84.613	-16,96
Flugabgabe	93.227	81.880	-11.347	-12,17
Grunderwerbsteuer	7.477.159	7.198.527	-278.632	-3,73
Versicherungssteuer	796.652	756.630	-40.022	-5,02
Motorbezogene Versicherungssteuer	1.432.675	1.428.078	-4.598	-0,32
KFZ-Steuer	-2.220	-1.951	269	12,13
Konzessionsabgabe	202.057	248.615	46.558	23,04
rechnungsmäßig Ertragsanteile	35.157.009	35.378.487	221.478	0,63
abzüglich: Gemeindeanteil am Pflegegeld	879.083	879.083	0	0,00
Summe sonstige Steuern	34.277.926	34.499.404	221.478	0,65
Kunstförderungsbeitrag	40.243	41.628	1.385	0,00
Summe Ertragsanteile der Gemeinden	54.902.732	59.572.168	4.669.436	8,50
*) davon:				
Getränkesteuerausgleich	4.650.251	4.875.594	225.343	4,85
Werbesteuerausgleich	54.928	54.864	-63	-0,12
Werbeabgabe nach der Volkszahl	286.901	286.712	-189	-0,07
Ausgleich Abschaffung Selbstträgerschaft	250.835	250.835	0	0,00

36.

Abgabenertragsanteile der Gemeinden Jänner bis September 2013

Ertragsanteile an	Jänner - September		Änderung	
	2012	2013	in Euro	in %
EINKOMMEN- UND VERMÖGENSTEUERN:				
Veranlagter Einkommensteuer	12.351.176	14.413.464	2.062.289	16,70
Lohnsteuer	162.623.742	172.594.105	9.970.363	6,13
Kapitalertragsteuer	9.810.122	10.480.546	670.423	6,83
Kapitalertragsteuer auf sonstige Erträge	4.457.197	4.877.026	419.829	9,42
Körperschaftsteuer	30.677.782	31.985.475	1.307.694	4,26
Abgeltungssteuern Schweiz	0	4.013.106	4.013.106	100,00
Erbschafts- und Schenkungssteuer	179.568	104.346	-75.222	-41,89
Stiftungseingangssteuer	87.104	60.814	-26.290	-30,18
Bodenwertabgabe	479.713	485.920	6.207	1,29
Stabilitätsabgabe	3.432.050	2.911.284	-520.767	-15,17
Su. Einkommen- und Vermögensteuern	224.098.454	241.926.086	17.827.632	7,96
SONSTIGE STEUERN:				
Umsatzsteuer *)	169.473.249	174.731.321	5.258.071	3,10
Abgabe von alkoholischen Getränken	255	269	14	5,40
Tabaksteuer	11.463.572	11.703.224	239.652	2,09
Biersteuer	1.378.083	1.441.510	63.428	4,60
Mineralölsteuer	30.230.362	31.240.540	1.010.178	3,34
Alkoholsteuer	983.638	978.084	-5.554	-0,56
Schaumweinsteuer	9.148	8.462	-686	-7,50
Kapitalverkehrssteuern	417.079	400.941	-16.139	-3,87
Werbeabgabe	3.078.366	3.064.414	-13.951	-0,45
Energieabgabe	6.803.802	6.313.455	-490.348	-7,21
Normverbrauchsabgabe	3.747.062	3.337.934	-409.129	-10,92
Flugabgabe	737.619	705.539	-32.081	-4,35
Grunderwerbsteuer	69.350.399	62.410.449	-6.939.951	-10,01
Versicherungssteuer	7.754.400	7.752.941	-1.459	-0,02
Motorbezogene Versicherungssteuer	10.895.351	11.509.756	614.405	5,64
KFZ-Steuer	240.934	231.540	-9.395	-3,90
Konzessionsabgabe	1.778.167	1.741.924	-36.243	-2,04
rechnungsmäßig Ertragsanteile	318.341.488	317.572.302	-769.186	-0,24
abzüglich: Gemeindeanteil am Pflegegeld	7.911.750	7.911.750	0	0,00
Summe sonstige Steuern	310.429.738	309.660.552	-769.186	-0,25
Kunstförderungsbeitrag	122.116	125.429	3.313	2,71
Ertragsanteile der Gemeinden ohne Zwischenabrechnung	534.415.733	551.477.470	17.061.738	3,19
Zwischenabrechnung **)	7.345.569	6.143.123	-1.202.446	-16,37
Ertragsanteile gesamt	541.761.302	557.620.593	15.859.292	2,93
*) davon:				
Getränkesteuerausgleich	45.283.611	46.966.982	1.683.371	3,72
Getränkesteuerausgleich **)	451.976	634.876	182.900	40,47
Summe Getränksteuerausgleich	45.735.587	47.601.858	1.866.271	4,08
Werbesteuerenausgleich	494.656	492.057	-2.599	-0,53
Werbeabgabe nach der Volkszahl	2.583.710	2.572.357	-11.353	-0,44
Ausgleich Abschaffung Selbstträgerschaft	2.257.515	2.257.515	0	0,00

VERBRAUCHERPREISINDEX FÜR JUNI 2013

(vorläufiges Ergebnis)

	Juni 2013 (endgültig)	Juli 2013 (vorläufig)
Index der Verbraucherpreise 2010		
Basis: Durchschnitt 2010 = 100	108,1	107,6
Index der Verbraucherpreise 2005		
Basis: Durchschnitt 2005 = 100	118,4	117,8
Index der Verbraucherpreise 2000		
Basis: Durchschnitt 2000 = 100	130,9	130,3
Index der Verbraucherpreise 96		
Basis: Durchschnitt 1996 = 100	137,7	137,1
Index der Verbraucherpreise 86		
Basis: Durchschnitt 1986 = 100	180,1	179,3
Index der Verbraucherpreise 76		
Basis: Durchschnitt 1976 = 100	280,0	278,7
Index der Verbraucherpreise 66		
Basis: Durchschnitt 1966 = 100	491,3	489,0
Index der Verbraucherpreise I		
Basis: Durchschnitt 1958 = 100	626,0	623,1
Index der Verbraucherpreise II		
Basis: Durchschnitt 1958 = 100	628,1	625,2

Der Index der Verbraucherpreise 2010 (Basis: Jahresdurchschnitt 2010 = 100) für den Kalendermonat Juni 2013 beträgt 107,6 (vorläufige Zahl) und ist somit gegenüber dem Stand für Juni 2013 um 0,5% rückläufig geblieben (Juni 2013 gegenüber Mai 2013: +0,0%). Gegenüber Juli 2012 ergibt sich eine Steigerung um 2,0% (Mai 2013/2012: +2,2%).

Erscheinungsort Innsbruck
Verlagspostamt 6020 Innsbruck P. b. b.

MEDIENINHABER (VERLEGER):
Amt der Tiroler Landesregierung,
Abteilung Gemeindeangelegenheiten,
6010 Innsbruck, Tel. 0512/508-2370
www.tirol.gv.at/merkblatt-gemeinden

Für den Inhalt verantwortlich: Mag. Christine Salcher

Offenlegung gemäß § 5 Mediengesetz: Medieninhaber Land Tirol

Erklärung über die grundlegende Richtung: Information der Gemeinden

Druck: Eigendruck